

Pressemitteilung

Umfrage zur Pflege: Deutliche Mehrheit der Menschen in Schleswig-Holstein unzufrieden mit Arbeit der Bundesregierung

AOK-Chef Tom Ackermann: „Handlungsbedarf in der Pflegeversicherung ist gewaltig.“

Kiel, 27. April 2026

Die soziale Pflegeversicherung steckt in der Krise: Hohe Beitragssätze, steigende Eigenanteile im Heim und strukturelle Defizite bei Versorgungsangeboten. All das bereitet auch den Menschen in Schleswig-Holstein offenbar erhebliche Sorgen. Das ergab jetzt eine repräsentative Civey-Umfrage zum Thema Pflege der AOK NordWest. Auf die Frage, mit welcher Schulnote die Befragten „die Arbeit der Bundesregierung im Hinblick auf die gesetzliche soziale Pflegeversicherung“ beurteilen würden, vergaben 40 Prozent der Befragten in Schleswig-Holstein ein „Ungenügend“ und damit die Note 6. 26 Prozent vergaben die Note 5, 13 Prozent sagen ‚ausreichend‘ (Note 4). „Die Ergebnisse der Umfrage machen deutlich, dass der seit langem ungelöste Reformbedarf in der Pflege die Menschen offenbar stark verunsichert. Deshalb ist die Bundesregierung gefordert, auch diesen Sozialversicherungszweig finanziell zu stabilisieren, damit das Vertrauen der Menschen in die Zukunft der Sozialen Pflegeversicherung (SPV) nicht verloren geht. Der Handlungsbedarf ist gewaltig“, sagt AOK-Vorstandschef Tom Ackermann. Für die SPV liegen bisher ernüchternde Ergebnisse der Bund-Länder-Arbeitsgruppe ‚Zukunftspakt Pflege‘ vor.

Pflegeversicherung chronisch unterfinanziert

Eine der zentralen Herausforderungen ist der Umfrage zufolge die Finanzsituation: So stimmten 81 Prozent der Befragten in Schleswig-Holstein

der Aussage zu, dass die Pflegeversicherung chronisch unterfinanziert sei. 84 Prozent der Befragten sagten zudem, dass ihr Vertrauen in die finanzielle Stabilität der SPV in den nächsten zehn Jahren gering sei, nur elf Prozent gaben ein hohes Vertrauen an. Mit deutlich steigenden Beiträgen zur sozialen Pflegeversicherung rechnen in den kommenden zwölf Monaten 85 Prozent der Befragten.

SPV von versicherungsfremden Leistungen befreien

AOK-Chef Ackermann betonte, dass eine nachhaltige Stabilisierung der SPV-Finzen nicht allein durch Effizienzsteigerungen und Ausgabenbegrenzungen wie in der GKV gelingen könne. „Um weitere Beitragssatzanhebungen in der SPV zu vermeiden, sei dieser Sozialversicherungszweig noch dringender auf zusätzliche Bundesmittel angewiesen. Denn die SPV übernimmt seit Jahren versicherungsfremde Leistungen wie die Rentenbeiträge für pflegende Angehörige, die eigentlich in gesamtgesellschaftlicher Verantwortung liegen“, so Ackermann.

85 Prozent fürchten finanzielle Überforderung durch Eigenanteile

Gerade die Eigenanteile im Pflegeheim bereiten bereits heute Sorgen: Diese lagen Ende 2025 in Schleswig-Holstein bei durchschnittlich 2.442 Euro pro Monat. 85 Prozent der Befragten in Schleswig-Holstein gaben an, Angst vor finanzieller Überforderung zu haben, falls sie selbst einmal im Heim versorgt werden sollten. Dabei befürchten 62 Prozent, in diesem Fall in einem Mehrbettzimmer wohnen zu müssen. 49 Prozent fürchten, ihrer Familie finanziell zur Last zu fallen. Und 48 Prozent gaben an, Sorge zu haben, kein bezahlbares Pflegeheim in der Nähe finden zu können. „Die Pflegeheim-Bewohnenden müssen aktuell mit ihren Eigenanteilen die Versäumnisse der Länder bei der Finanzierung der Investitionskosten für die Pflegeeinrichtungen ausgleichen“, so Ackermann. „Auch das muss Teil der Pflegereform sein. Die Herausnahme der Ausbildungskosten für die Pflegeberufe aus den Eigenanteilen könnte die Belastungen zusätzlich dämpfen und würde die Pflegebedürftigen in den Heimen auf einen Schlag bundesweit um etwa eine Milliarde Euro entlasten.“

Unzufriedenheit mit Strukturen vor Ort

Auch die Zufriedenheit mit der Pflegeinfrastruktur ist laut Umfrage niedrig in der Bevölkerung in Schleswig-Holstein: 50 Prozent der Befragten sind unzufrieden mit den Angeboten in ihrem Bundesland wie an Pflegeheimen, ambulanten Diensten, Tagespflege und Beratungsstellen. Immerhin 33 Prozent bewerten die verfügbaren Angebote positiv. Ackermann: „Neben der

Stabilisierung der Finanzen, braucht es dringend auch echte Strukturreformen. Ziel muss es sein, die Pflege vor Ort zu stärken und bedarfsgerechter zu gestalten“, so Ackermann.

Hinweis zur Umfrage: Civey hat im Auftrag der AOK bundesweit 10.000 Personen online befragt. Davon entfallen 1.073 Befragte auf die AOK NordWest. Die Ergebnisse sind für die jeweilige Ebene repräsentativ. Dies wird durch ein modellbasiertes, statistisches Verfahren für kleine Datenräume (Small Area Methode) gewährleistet. Der statistische Fehler liegt auf Ebene der elf AOK-Regionen zwischen 1,9 und 5,4 Prozentpunkten.